

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Umweltpolitik

TOP 10 und 32

Claus Hopp:

Novelle des Landeswaldgesetzes ist kein Meisterstück

Anlässlich der zweiten Lesung des Landeswaldgesetzes erklärte der wald- und forstpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Claus Hopp, MdL:

„Meine Fragezeichen zur einer von Umweltminister Klaus Müller angekündigten Novelle des Landeswaldgesetzes beziehen sich vor allem darauf, ob es sinnvoll ist, ein Gesetz zu novellieren, wenn parallel die übergeordnete Bundesgesetzgebung mit offenem Ausgang beraten wird. Außerdem beschäftigt sich auch die Föderalismuskommission damit“, so die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn in den LN vom 9. September 2004.

Dieser Bewertung ist, zumal es nie ein Dementi gegeben hat, nichts hinzuzufügen. Ungeachtet dessen hielt es die rot-grün geführte Landesregierung für geboten, in ihrem letzten Regierungsjahr noch schnell eine Novellierung des Landeswaldgesetzes durchzudrücken. Die CDU-Landtagsfraktion hält diese „Operation“ am „Patienten Wald“ nicht nur für überflüssig, sondern sogar für schädlich.

- Völlig ohne Not wird mit der Novellierung eine Öffnung der Wälder vorgenommen. Der geringere Waldanteil in Schleswig-Holstein und seine kleinflächigen Waldstrukturen haben aus gutem Grund dazu geführt, dass das Betretungsrecht in Schleswig-Holstein anders geregelt ist, als in anderen Bundesländern. Nicht zuletzt aus naturschutzfachlichen Gründen rechtfertigt dies nach unserer Auffassung eine andere Regelung – zumal es damit nie Probleme gegeben hat.
- Für uns ist und bleibt der Wald auch ein „Betrieb“, der rentabel arbeiten muss. Eine weitere Verökologisierung (standortheimische Bäume, vorgeschriebene Alt- und Totholzanteile, Herausnahme von Waldflächen aus der Bewirtschaftung und anderes mehr) mag zwar aus naturschutzfachlicher Sicht wünschenswert sein, trägt aber in der aktuellen finanzpolitischen Situation unnötig zu ihrer Verschärfung bei.
- Bisher konnte kein plausibles Argument für die angeblich notwendige Einführung eines „Sondervermögens Wald“ vorgebracht werden. Das Land zahlt

auch zukünftig weiterhin die Gehälter, und es muss auch die anfallenden Defizite ausgleichen. Warum also soll der Landtag einer Veränderung zustimmen, deren Plausibilität nicht zu begründen ist. Eine Verordnung um der Veränderung willen macht keinen Sinn und wird von uns abgelehnt.

- Während die Landesregierung auf der einen Seite mit dem „Sondervermögen Wald“ Dinge regelt, die nicht geregelt werden müssen, lässt sie auf der anderen Seite wichtige und notwendige Regelungen unter den Tisch fallen. Nicht im Gesetz geregelt ist die Situation des Fachpersonals im Staats- und Körperschaftswald und die an sie gestellten Voraussetzungen. Nach unserer Auffassung ist aber gerade eine Bewirtschaftung unserer Wälder durch Fachpersonal unabdingbar.

In aller Kürze noch einige Anmerkungen zu ihrem Antrag „Waldinitiative Schleswig-Holstein fortsetzen“. Wir werden Ihren Claqueur-Antrag ablehnen. Es ist uns zu wenig, dass der Landtag nur „bekräftigt“, „würdigt“, „unterstreicht“, und „begrüßt“. Wir haben daher einen eigenen Antrag formuliert, der zwar einiges aus Ihrem Antrag übernimmt, der aber auch die Landesregierung „auffordert“, etwas zu tun.

Zusammengefasst ist die Novellierung des Landeswaldgesetzes kein „Meisterstück“. Das lag aber auch daran, dass die Mehrheitsfraktionen an einem wirklichen Meinungsaustausch gar nicht interessiert waren. Wir lehnen ihre Vorstellungen zur Novellierung des Landeswaldgesetzes ab und halten unsere Vorschläge dagegen.

Mit der Formulierung im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode ist Rot/Grün jämmerlich gescheitert. Dort hieß es noch „Unser Ziel bleibt die deutliche Erhöhung des Waldanteils.“ Ihr jetziges Herumdoktern und die Schaffung eines „Sondervermögens Wald“ werden an dieser kläglichen Bilanz nichts ändern. Sie sind gescheitert. Unverändert beträgt der Waldanteil in Schleswig-Holstein 9,9 %, und unser Land ist und bleibt nach wie vor das Schlusslicht unter allen bundesdeutschen Flächenländern. Da sich in all den Jahren daran nichts geändert hat wird es Zeit, dass sich am 20. Februar 2005 etwas ändert – auch im Interesse unseres Waldes. 16 Jahre roter und rot-grün geführter Landesregierung, Frau Simonis, sind genug.“